



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Aus dem fernen Osten und Nordamerika

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

Aus dem fernen Osten und Nordamerika

Am 6. Oktober 1913 war der provisorische Präsident von China, Juanschikai, auf fünf Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Er waltete wie ein unbeschränkter Herr über das Reich, aber trotz seiner hervorragenden Bedeutung gingen die inneren und äußeren Verlegenheiten des chinesischen Reiches, das seit der Revolution im Dezember 1911 einer tödlichen Schwäche verfallen war, weiter.

Es mußte vor Japan und vor Rußland Besorgnis haben. Rußland hatte zwar nach dem Fehlschlag im Krieg mit Japan seine Politik im fernen Osten liquidiert. Darum hatte sich besonders Izwolskij bemüht, in der richtigen Einsicht, daß Rußland für die ihm vorschwebenden europäischen Ziele Ruhe im Rücken brauche. Aber zu fest war die Tradition auch einer starken asiatischen Politik Rußlands, und je mehr es im Innern wieder wirtschaftlich und politisch erstarfte, um so mehr nahm es auch diesen Weg wieder auf. Schon 1911 waren seine Beziehungen zu China immer unfreundlicher geworden, in Kenntnis der inneren Schwäche Chinas trat die russische Politik, die Japan gegenüber Vorsicht gelernt hatte, gegen China entschieden, rücksichtslos auf. Ihr Ziel war die äußere Mongolei, mit deren geistlichem Oberhaupt Rußland am 3. November 1912 ein Abkommen geschlossen hatte, das die Mongolei schon wie ein selbständiges, mit Rußland in freundschaftlicher Verbindung stehendes Gebiet behandelte. In einem Vertrag vom 5. November 1913 mit China erkannte Rußland freilich wieder an, daß die äußere Mongolei unter der Suzeränität Chinas stehe, es verpflichtete sich, sich in die Verwaltung dieses Gebietes nicht einzumischen. Aber China mußte die Autonomie der äußeren Mongolei anerkennen, die schließlich eben doch in die russische Einflußsphäre hineingezogen wurde.

In und um China rivalisierten England, Frankreich, Japan, Nordamerika; Eisenbahnkonzessionen und Anleihefragen spielten dabei die

Hauptrolle. Aber für die europäischen Großmächte war China doch wieder mehr ein Nebenkriegsschauplatz geworden, auf dem jedenfalls tiefgreifende Gegensätze zwischen Rußland und England nicht bestanden und an dem anscheinend nur Japan ein entscheidendes Interesse nahm, das, je kritischer die Verhältnisse in Europa wurden, um so sicherer erwarten konnte, freie Hand gegen Chinas Ohnmacht zu erhalten.

In Japan wurde am 15. Mai 1914 das Ministerium Okuma gebildet; Außenminister wurde darin Baron Kato. Das bedeutete: Festhalten am Bündnis mit England und imperialistische Ausdehnungspolitik, gegen die Rußland nicht gerade vorging, für die England durch sein Bündnis mit Japan festgelegt schien und gegen die als Gegner nur Nordamerika in Frage kam.

Zwischen Japan und Nordamerika bestand und wuchs unausgesetzt eine Spannung, für die ein wirklicher Konfliktgegenstand nur in der Frage der japanischen Einwanderung nach Kalifornien vorlag, die aber in der japanischen Ausdehnungspolitik, noch mehr in den Vorstellungen von ihren Absichten nicht nur gegen China, sondern auch im Stillen Ozean oder gar in Mexiko und Südamerika ihren tieferen Grund hatte. Entlud sich diese Spannung in einem wirklichen Konflikt, so ergab das für England eine sehr schwierige Lage, die unter allen Umständen die englische Politik stark von Europa abgelenkt hätte. Aber Nordamerika behandelte diese Fragen nicht besonders energisch. Daß die realen Interessen Japans und Nordamerikas in China einander unversöhnlich gegenüberstanden, darüber war man sich beiderseitig klar. Aber die Spannung kam nicht zur Entladung, weil Nordamerika in dieser Zeit seine Interessen in größerer Nähe, in Mittel- und Südamerika, lebhafter verfolgte.

Am 10. Oktober 1913 war die letzte Schranke gesprengt worden, die die beiden Ozeane trennte; der Panamakanal war fertig. Ohne Zweifel war das ein großer weltgeschichtlicher Augenblick. Aber an Bedeutung konnte sich der Panamakanal mit dem von Suez nicht messen, und für die Zusammenhänge dieses Buches hat seine Fertigstellung noch keine unmittelbare Wirkung und Bedeutung gezeitigt. Die Stellung Nordamerikas selbst hob sie natürlich ungemein.

Dieses war Mittelamerika stärker zugewandt als irgendeiner anderen weltpolitischen Frage. In Mexiko waren 1910 große Petroleumlager entdeckt worden. Hier stießen Weltinteressen Englands und Nordamerikas zusammen, die durch die große Bedeutung der Ölfeuerung für die Kriegsschiffe besonders aktuell wurden, und aus mancherlei Anzeichen ging hervor, daß Japan seinen Blick auch dahin richtete. Nun war Mexiko seit dem Sturze des Präsidenten Diaz im Jahre 1911 aus der Revolution und inneren Unruhe nicht herausgekommen, und Präsident Wilson schien im Frühjahr 1914 diese Lage benutzen zu wollen zu einem Eingriff, der bei dem bestehenden Machtverhältnis, wenn er mit Energie von Amerika unternommen würde, zu dessen Vorherrschaft in Mexiko hätte führen müssen. Aber der Vorstoß wurde ohne Kraft geführt. Im Sommer trat Präsident Wilson den Rückzug an — seine mexikanische Politik stand allzusehr im Widerspruch mit den Ideen, die sein Staatssekretär Bryan immer predigte, und drohend stand Japan im Hintergrund.

So brachte die mittelamerikanische Politik der Union keine Erfolge und keine Stärkung ihres Prestiges. Und wenn Wilson in bezug auf den ganzen Süden Amerikas am 26. Oktober 1913 die Monroelehre noch über ihre letzte Form hinaus hatte steigern wollen mit dem Grundsatz, daß europäische Staaten im Süden keine Konzessionen mehr erwerben dürften und daß der Norden den südlichen Staaten helfen werde, sich von den europäischen Konzessionen zu befreien, so blieb dieser überhebliche Anspruch ohne jede Wirkung in Südamerika und in Europa. Die ausgreifende und anspruchsvolle, aber niemals wirklich starke Politik der Vereinigten Staaten konnte weder bei den immer selbständiger werdenden Staaten im Süden noch in Europa Vertrauen oder Furcht erwecken. Ein wirksamer oder gar entscheidender Faktor in den europäischen Gegenätzen und Bündnisbeziehungen konnte und wollte sie auch nicht sein.

Im fernen Osten und Stillen Ozean waren Nordamerika und Japan typisch imperialistische Staaten, die ihre expansiven Kräfte mit merkantilistischen Mitteln und durch militärische Rüstungen auf alle

Weise steigerten. Man glaubte in Europa vielfach, daß zwischen ihnen beiden ein baldiger Zusammenstoß unvermeidlich sei, der für das mit Japan durch ein Bündnis und mit Nordamerika durch Rassen-Gemeinschaft verbundene England sehr gefährlich geworden wäre, und sicherlich auch das in Asien wieder lüfterner werdende Rußland hineingezogen hätte. Dazu aber ist es bis zum Weltkriege nicht gekommen. So blieb die Verbindung dieser Probleme mit Europa durch das englisch-japanische Bündnis an sich verhältnismäßig lose. Auch die Schiedsgerichtsverträge, die Präsident Taft im Frühjahr 1914 mit 21 Staaten abschließen konnte, zogen die Bande nicht viel enger. Deutschland und Japan waren unter den Staaten, mit denen Schiedsgerichtsverträge zustande kamen, nicht.

Deutschland war nicht nur durch seine allgemeinen wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten beteiligt, sondern auch durch seine Stellung in Kiautschou ungemein exponiert. Heute erkennt man, in welche Gefahr sich der deutsche Imperialismus mit dieser Festsetzung im fernen Osten begeben hatte, die nur zu halten war bei ganz sicheren deutsch-japanischen Beziehungen. Aber auch solche hätten nur Tragkraft gehabt, wenn gute deutsch-russische Beziehungen vorhanden gewesen wären, und weil diese immer gespannter wurden, konnten auch Versuche, Deutschland und Japan einander näherzubringen, nicht zum Ziel führen. Das ergab für Deutschland die große Gefahr, daß im Falle eines deutsch-englischen Konfliktes Japan sein Bündnis mit England benutzen würde, um auf die Seite der Gegner zu treten und sich Kiautschou zu bemächtigen. Die Ostasienpolitik Deutschlands ist ein besonders schlagendes Beispiel für die Verzettlung der deutschen Interessen über die Welt hin und für die unsichere Grundlage, auf der das deutsche Weltmachtstreben aufstieg.

Reibungsflächen zwischen Deutschland und Nordamerika existierten nicht, jedenfalls längst nicht in dem Maße, wie zwischen England und Nordamerika. Aber je näher England den Konflikt mit Deutschland kommen sah, um so stärker wurde sein Streben, keinesfalls in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten, ja in Rechts- und

Interessenfragen vor ihnen zu kapitulieren, obwohl der englischen See- und Handels Herrschaft von der Entwicklung Nordamerikas größere Gefahren drohen konnten als von der Deutschlands. Die alte Rassen-, Sprach- und Kulturgemeinschaft erleichterte zudem eine Bearbeitung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten Englands und zuungunsten Deutschlands.

Eine Notwendigkeit, gegen Deutschland für England zu optieren, war für die Vereinigten Staaten nicht vorhanden, wenn auch manchmal Spannungen entstanden waren. Aber die deutsche Gegenarbeit gegen die englische Propaganda ist ohne Erfolg geblieben. Die Union war England noch nicht weltpolitisch verbunden, aber sie wurde zur Stellungnahme an Englands Seite getrieben durch gefühlsmäßige Abneigung gegen Deutschland, durch wirtschaftliche Interessen, die man durch Deutschland bedroht glaubte, durch die Empfindung, daß die englische Flotte auch Amerika schütze, und durch die erfolgreiche englische Propaganda. Deutschland konnte ja auch den Vereinigten Staaten weltpolitisch nichts bieten! Wenn an den europäischen Gegensätzen der große imperialistische Krieg losbrach, so war für den Dreibund eine Unterstützung von den Vereinigten Staaten nicht zu erwarten und von Japan eher ein Eingreifen gegen Deutschland zu befürchten.

*

I n n e n p o l i t i s c h e s a u s d e n H a u p t l ä n d e r n i n d e r W i r k u n g n a c h a u ß e n

England wurde im letzten Jahre vor dem Kriege durch die irische Krise schwer erschüttert. Am 25. Mai 1914 wurde zum drittenmal das Homerulegesetz in dritter Lesung im Unterhause angenommen; damit konnte über den Widerstand des Oberhauses hinweggegangen werden. Aber sowenig wie früher und seitdem ist das eine Lösung geworden. Schon im November 1913 hatten die Unionisten in Irland Freiwillige organisiert. Die Opposition von Ulster gegen die Vorlage, wie